

Deutsche Rüstungsexporte nach Lateinamerika – Bestandsaufnahme für die Jahre 1999-2004

Michael Radseck

Die im März 2006 offiziell bestätigte Bundeswehrabgabe von rund 100 Kampfpanzern des Typs Leopard 2 an die chilenische Armee richtet den Blick auf den deutschen Rüstungsexport nach Lateinamerika. Rechtliche und politische Vorgaben halten die Bundesregierung eigentlich dazu an, Kriegswaffenausfuhren in diese Region zurückhaltend zu handhaben.

Analyse:

Die Auswertung der von der Bundesregierung vorgelegten Rüstungsexportberichte für die Jahre 1999-2004 lässt keine restriktiver werdende Praxis bei der Genehmigung von Rüstungsausfuhren insbesondere in Drittstaaten erkennen. Mit Blick auf den deutschen Rüstungsexport nach Lateinamerika bleibt für diesen Zeitraum festzuhalten:

- Die wichtigsten Empfängerländer waren Brasilien, Chile und Venezuela.
- Geliefert wurden vor allem (Bau-) Teile und militärische Elektronik zur Modernisierung und dem Ausbau der südamerikanischen U-Boot-Flotte.
- Mit der Genehmigung zur Weiterausfuhr belgischer und niederländischer Leopard 1-Kampfpanzer wurde ein neues Waffensystem in Südamerika eingeführt, das mit deutschen Komponenten weiter kampfwertgesteigert wurde.
- Die Zahl der eigentlich nur im Ausnahmefall genehmigungsfähigen deutschen Kriegswaffenausfuhren in Drittstaaten bleibt entgegen der Rhetorik immer noch hoch.

Key words: Lateinamerika, Deutschland, Rüstungsexport, Waffenhandel

1. Die Plätze vier bis sechs – der deutsche Rüstungsexport im internationalen Vergleich

Mit dem anhaltenden Anstieg der weltweiten Militärausgaben nimmt auch der internationale Rüstungshandel wieder zu. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI schätzte sein Volumen auf zuletzt (2004) 44 bis 53 Mrd. US\$. Den kurzzeitigen Abwärtstrend im Handel mit Großwaffen sieht das SIPRI seit 2003 umgekehrt (vgl. SIPRI Yearbook 2006). Zahlen aus Washington vom Congressional Research Service (CRS), auf die auch das Institut für Strategische Studien (IISS) in London zurückgreift, bestätigen die Trendwende: Erstmals seit 2004 ist der Wert der weltweit abgeschlossenen Vereinbarungen zur Lieferung konventioneller Waffen wieder im Steigen begriffen, nachdem er zuvor drei Jahre lang gesunken war (vgl. Grimmett 2005: 74f.).

Oft übersehen wird, dass die Mehrzahl der Rüstungslieferungen wertmäßig nicht an die Industriestaaten, sondern an die Entwicklungsländer¹ (1997-2004: 68%) geht. Nach Erhebungen des CRS ist Deutschland im Zeitraum 1997-2004 der Welt sechstgrößter Exporteur von konventionellen Waffen in diese Ländergruppe gewesen – hinter den USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und China (vgl. ebd.: 58). Bezogen auf den weltweiten Rüstungsexport rangiert Deutschland dem CRS-Bericht zufolge für den Zeitraum 1997-2004 (vgl. ebd.: 82) auf Platz fünf; in Stockholm sieht man Berlin für die Jahre 2001-2005 auf dem vierten Rang (vgl. SIPRI-Yearbook 2006).

2. Restriktiv und transparent – der deutsche Anspruch an den Rüstungsexport

Nicht jeder mag in diesen Zahlen der renommierten Fachinstitute zum internationalen Rüstungshandel „sehr unterschiedliche Befunde“ erkennen, um hiernach mit der Bundesregierung den Schluss zu ziehen, diese seien „letztlich nur von begrenztem Aussagewert“ (Rüstungsexportbericht 2004: 52). Richtig ist, dass die Daten teils unterschiedlich erhoben werden und nur einen Ausschnitt des weltweiten Handels mit Rüstungsgütern abbilden; sie erfassen die wichtigsten Kate-

¹ In der Terminologie des CRS (vgl. Grimmett 2005: 2) zählen zu den *developing nations* alle Länder außer den USA, Russland, Kanada, Japan, Australien, Neuseeland und den EU-Staaten.

gorien konventioneller (Groß-) Waffen (-systeme), nicht aber den – nach deutschem Ausfuhrrecht ebenso genehmigungspflichtigen – Handel mit ihren Komponenten (Baugruppen, Einzelteile, Materialpakete) oder etwa mit Kleinwaffen. Umso mehr strafen die internationalen Vergleichsstatistiken die dem eigenen Bekunden nach „restriktive Rüstungsexportkontrollpolitik“ der Bundesregierung Lügen. Zur Erinnerung: Entsprechende Grundsätze aus dem Jahr 2000 legen unzweideutig fest, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in so genannte Drittstaaten – Länder, die nicht der EU oder der NATO angehören –, „restriktiv“ zu handhaben ist. Insbesondere Ausfuhren von Kriegswaffen (im Wesentlichen Großwaffensysteme und ihre Komponenten) in Drittländer sollen hiernach überhaupt nur „im Einzelfall“ und „ausnahmsweise“ unter Geltendmachung „besonderer außen- oder sicherheitspolitischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ genehmigt werden.

Ein jährlich dem Deutschen Bundestag vorzulegender Rüstungsexportbericht sollte „die Umsetzung der Grundsätze“ aufzeigen. Sechs dieser Berichte, die sich auf die Kalenderjahre 1999 bis 2004 beziehen, liegen mittlerweile als BT-Drucksachen vor; sie sind die empirische Grundlage für die nachfolgenden Ausführungen zum deutschen Rüstungsexport in Drittstaaten im Allgemeinen und nach Lateinamerika im Besonderen.

3. Der deutsche Rüstungsexport in Drittstaaten – nicht Ausnahme, sondern Regel

Was internationale Rüstungsexportstatistiken augenscheinlich präsentieren, wird durch die Rüstungsexportberichte der Bundesregierung nolens volens bestätigt: Die deutschen Drittstaatenausfuhren werden seit Verabschiedung der neuen Rüstungsexportrichtlinien mitnichten restriktiver als in den Jahren zuvor gehandhabt. Viel spricht dafür, dass auch die deutsche Rüstungsexportpolitik zunehmend durch einen *commercial pragmatism* bestimmt wird, wie er typisch für die größten Rüstungsexporteure geworden ist: Länder, gegen die kein UN-Waffenembargo verhängt ist, gelten als grundsätzlich offene Märkte (vgl. SIPRI-Yearbook 2006). Für den deutschen Rüstungsexport in Drittstaaten bleibt an Fakten festzuhalten:

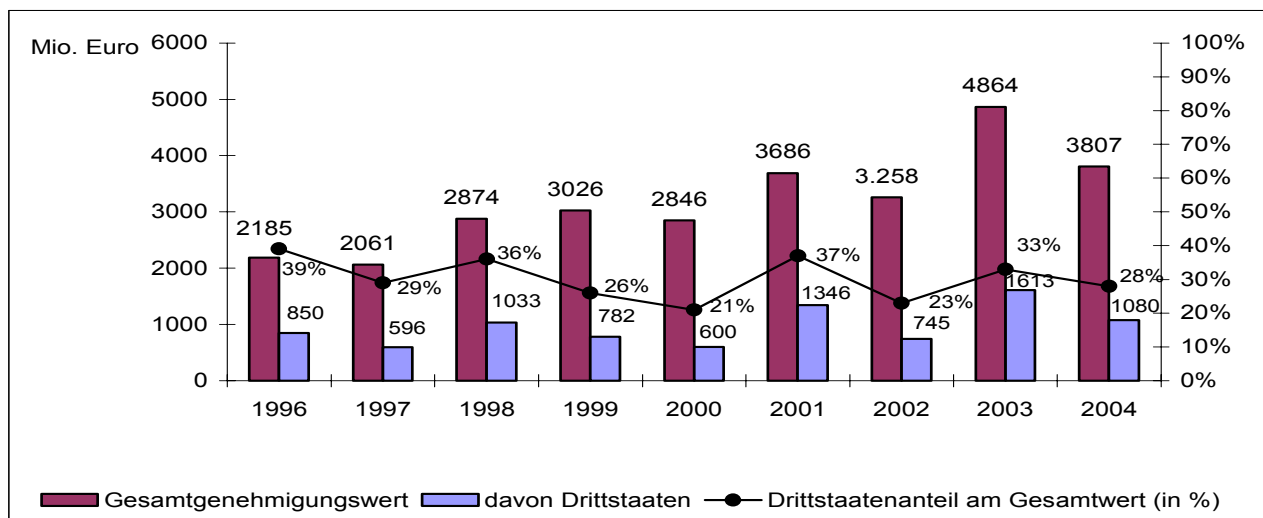
1.) Im Zeitraum 2000-2004 wurden von den deutschen Behörden jährliche Ausfuhrgenehmigungen

für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter² im Wert von durchschnittlich über 1 Mrd. € in die Gruppe der Drittländer erteilt – ein Zuwachs um 32% im Vergleich zum Zeitraum 1996-1999. Noch stärker gestiegen ist der jährliche Gesamtwert der genehmigten Rüstungsausfuhren, also einschließlich solcher in die EU- und NATO-Staaten. Er hat mit durchschnittlich 3,7 Mrd. € (2000-2004) gegenüber 2,5 Mrd. € (1996-1999) um 46% zugenommen. Der Drittstaatenanteil am Gesamtgenehmigungswert ist deshalb von im Schnitt 33% (1996-1999) auf 28% (2000-2004) gesunken (vgl. Abb. 1).

nach Maßgabe der Politischen Grundsätze, nach ebensoviel Einzelfallprüfungen. Welche „besonderen außen- oder sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ diese Kriegswaffenausfuhren jeweils haben genehmigungsfähig werden lassen, bleibt jedoch trotz der Rüstungsexportberichte im Dunkeln, weil es eine Begründungspflicht der Bundesregierung für ihre exklusiven Entscheidungen den Rüstungsexport betreffend nicht gibt.

3.) Die NATO-Osterweiterung um zehn Staaten

Abb. 1: Wert der Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter, 1996-2004



Quelle: Rüstungsexportberichte 1999-2004. Die Drittstaatenanteile wurden teils selbst berechnet. Nicht berücksichtigt sind sog. Sammelausfuhrgenehmigungen, die im Rahmen regierungsamtlicher Rüstungsk Kooperationen, wie z.B. des Eurofighterprogramms, mit EU-, NATO- oder NATO-gleichgestellten Ländern erteilt werden.

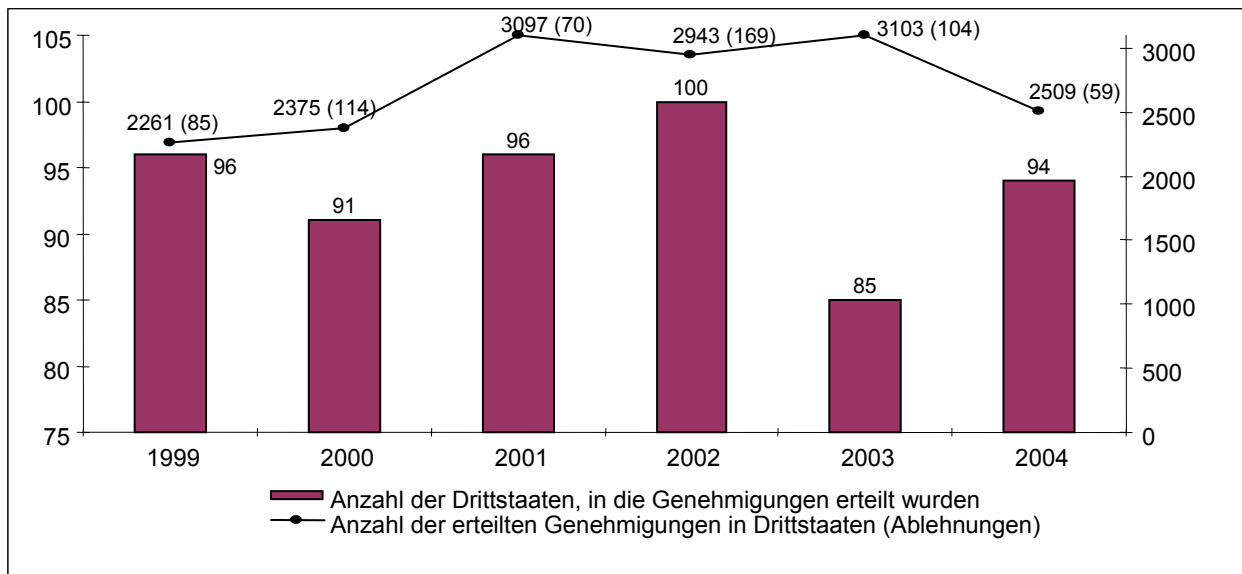
2.) Soweit sich die deutschen Genehmigungsbehörden in die Karten schauen lassen, scheint Regel geblieben, was mit der Verabschiedung der überarbeiteten Politischen Grundsätze die Ausnahme werden sollte: Genehmigungen zur Ausfuhr von Kriegswaffen an Drittstaaten. Erst seit dem Jahr 2003 werden sie von der Bundesregierung überhaupt beziffert und nach Empfängerländern aufgeschlüsselt. 191 solcher Genehmigungen im Wert von 1,1 Mrd. € wurden demnach allein in den Jahren 2003 und 2004 erteilt (vgl. Rüstungsexportbericht 2004: 38). Sie begründen nicht nur 191 Ausnahmen, sondern verlangen, jedenfalls

sowie die EU-Beitritte von Malta und Zypern haben den Kreis der Drittstaaten seit 1999 kontinuierlich kleiner werden lassen. Dennoch hat sich die Anzahl der Drittländer, in die Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter erteilt wurden, nicht verringert, sondern bis 2002 sogar erhöht. Wider Erwarten ist auch die jährliche Zahl der Ausfuhrgenehmigungen in diese Ländergruppe mit durchschnittlich 2.800 Genehmigungsbescheiden bei rd. 100 Ablehnungen (2000-2004) noch einmal stark angestiegen (vgl. Abb. 2).

4.) Die dem Papier nach nur in Ausnahmefällen genehmigungsfähigen deutschen Kriegswaffenausfuhren in Drittstaaten belaufen sich seit dem Jahr 2000 auf über 1,3 Mrd. €. Rund zwei Drittel dieses Betrags entfallen auf die kommerzielle Lieferung von insgesamt sechs Korvetten nach Malaysia und Südafrika in den Jahren 2003 und 2004. Im Schnitt lag der Drittstaatenanteil an den ausgeführten Kriegswaffen bei 29% im Zeitraum 1999-2004 – ein

² Der Rückgriff auf erteilte Ausfuhrgenehmigungen für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter schuldet sich dem Umstand, dass es keine Statistik über die Gesamtheit der aus Deutschland ausgeführten Rüstungsgüter gibt. Anders als bei Kriegswaffen – hierzu liegen Ausfuhrwerte vor –, müssen die Unternehmen die erfolgten Ausfuhren sonstiger Rüstungsgüter nicht melden.

Abb. 2: Zahl der Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter in Drittstaaten, 1999-2004



Quelle: Rüstungsexportberichte 1999-2004. Die Drittstaatenanzahlen beruhen auf eigenen Zählungen.

Befund, der sich unbeschadet der Unterschiede in den Erhebungsverfahren³ erstaunlich gut mit den Berechnungen des CRS deckt, der im Zeitraum 1997-2004 28% aller deutschen Rüstungsexporte in die Gruppe der Entwicklungsländer gehen sah. Damit ist der deutsche Drittstaatenanteil zwar deutlich niedriger als der vieler anderer Waffenexporteure. China und Russland haben Quoten von über 90%, England und Frankreich von über 80%, die USA kommen auf rund 60%, Italien auf ca. 50% (vgl. Grimmert 2005: 34). Gemessen am eigenen Maßstab jedoch, die Rüstungsexportpolitik gerade nicht als Instrument der Außen- und Wirtschaftspolitik zu begreifen und Kriegswaffenexporte in Länder außerhalb der EU bzw. NATO überhaupt nur ausnahmsweise und in Einzelfällen zuzulassen, muss jede deutsche Kriegswaffenausfuhr in einen Drittstaat als eine zuviel erscheinen.

5.) Im Unterschied zu den erteilten Ausfuhrgenehmigungen schlüsselt die Bundesregierung in ihren Berichten die Kriegswaffenausfuhren nicht nach Rüstungsgütern, sondern allein nach Empfängerländern und Ausfuhrwerten auf (so überhaupt

erst seit dem Jahr 2003). Damit bleibt weiterhin unklar, welche und wieviele Kriegswaffen an einen Drittstaat geliefert wird. Nur Ausfuhren kompletter Waffensysteme (Kampfpanzer, -flugzeuge, Kriegsschiffe) sind zweifelsfrei dokumentiert, weil diese dem UN-Register für konventionelle Waffen zu melden sind, das öffentlich einsehbar ist. Im Falle nicht meldepflichtiger Kriegswaffenexporte hingegen kann nur aufgrund der in den Vorjahren erteilten Genehmigungen und über einen Abgleich der Genehmigungs- und Ausfuhrwerte gemutmaßt werden, was möglicherweise ausgeführt wurde. In der Praxis verkehrt sich damit die eigentlich restriktiv zu handhabende Ausfuhr von Kriegswaffen in die restriktiv gehandhabte Offenlegung diesbezüglicher Daten. Deshalb beruht die folgende Darstellung des jüngeren deutschen Rüstungsexports nach Lateinamerika nahezu ausschließlich auf der Auswertung der in den Jahren 1999-2004 erteilten Ausfuhrgenehmigungen, da hinreichend desaggregierte Daten zu den tatsächlich erfolgten Kriegswaffenausfuhren in diese Region von der Bundesregierung nicht zur Verfügung gestellt werden.

³ Der CRS erfasst etwas weniger Rüstungsgüter als sie die deutsche Kriegswaffenkategorie beinhaltet. Auch deckt sich die CRS-Gruppe der Entwicklungsländer nicht vollständig mit dem deutschen Drittstaatenkreis. Russland wird nach deutschem Ausfuhrrecht als Drittland behandelt, ist aber für den CRS kein Entwicklungsländer. Umgekehrt gehören Bulgarien, Island, Rumänien, Norwegen, die Türkei, Liechtenstein und die Schweiz zur CRS-Gruppe, zählen aber als NATO-Mitglieder bzw. der NATO gleichgestellte Staaten nicht zu den deutschen Drittstaaten.

4. Der jüngere deutsche Rüstungsexport nach Lateinamerika

Zusammenfassend lassen sich folgende Aussagen zum deutschen Rüstungsexport nach Lateinamerika gemäß der Rüstungsexportberichte treffen:⁴

1.) Im Schnitt der letzten sechs Jahre (1999-2004) haben die deutschen Behörden jährliche Ausfuhrgenehmigungen für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter in Höhe von 53 Mio. € nach Lateinamerika erteilt (vgl. Abb. 3). Ein aussagekräftiger Trend ist wegen des steten Auf und Ab nicht auszumachen. Nimmt man 1999 als Ausgangswert (50 Mio. €), so ist seit Inkrafttreten der geänderten Politischen Grundsätze keine Abnahme, sondern ein wertmäßiger Zuwachs der Ausfuhrgenehmigungen um rd. 20% gegenüber dem Mittelwert der Jahre 2000-2004 (59 Mio. €) zu verzeichnen. Der letzte verfügbare Wert (2004) ist mit 85 Mio. € zugleich der höchste und maßgeblich auf eine Ausfuhrgenehmigung für „U-Boot-Teile“ nach Venezuela zurückzuführen. Mit 37 Mio. € handelt es sich hierbei um den höchsten Einzelgenehmigungswert überhaupt in der Region seit 1999. Caracas hatte in den Jahren zuvor keine Bedeutung für den deutschen Rüstungsexport gehabt.

2.) Gemessen an den kumulierten Genehmigungswerten für die Jahre 1999-2004 ist Brasilien der mit Abstand größte Empfänger deutscher Rüstungslieferungen (48%), gefolgt von Chile (22%), Venezuela (12%) und Kolumbien (7%). Zusammen mit Argentinien, Mexiko, Peru und Ecuador vereinen diese acht Länder wertmäßig 99% aller erteilten Ausfuhrgenehmigungen in die Region. Summa summarum sind 1999-2004 Ausfuhren von Kriegswaffen und Rüstungsgütern im Gesamtwert von 318 Mio. € nach Lateinamerika genehmigt worden.

3.) Mehr als 80% aller Genehmigungen für Ausfuhren von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Lateinamerika im Zeitraum 1999-2004 entfallen auf die Kategorie „Kriegsschiffe“ einschließlich ihrer Feuerleitanlagen (Waffeneinsatzsysteme), der

zugehörigen militärischen Elektronik sowie ihrer Bewaffnung. Empfängerländer waren Argentinien, Brasilien, Chile, Ekuador, Kolumbien, Peru und Venezuela. Zu deren Flottenbeständen zählen seit den 1970er bzw. 1980er Jahren die deutschen, von HDW gefertigten U-Boote der Klasse 209; Brasilien baut U-209 zudem in Lizenz, Argentinien mit deutscher Lizenz von Blohm & Voss darüber hinaus die Korvette MEKO vom Typ 140. Insoweit spricht vieles dafür, dass es sich bei diesen Ausfuhren im Wert von über 200 Mio. € zum einen um für den Lizenzbau von Korvetten und U-Booten benötigte Teile, zum anderen um Material zur Modernisierung der südamerikanischen Unterwasserflotte handelt.

4.) In Teilen ist auch die Rüstungskategorie „Technologie“ mit einem Genehmigungswert von insgesamt 17 Mio. € der Nachrüstung im maritimen Bereich zuzuschlagen. Neben „technischen Unterlagen für U-Bootteile und Fregatten“ gehören zu dieser AL-Position aber auch „Fertigungsanlagen und technische Beschreibungen für Flugzeugfahrwerke“ (Brasilien) sowie „Ersatzteilkataloge für Panzer“ (Chile).

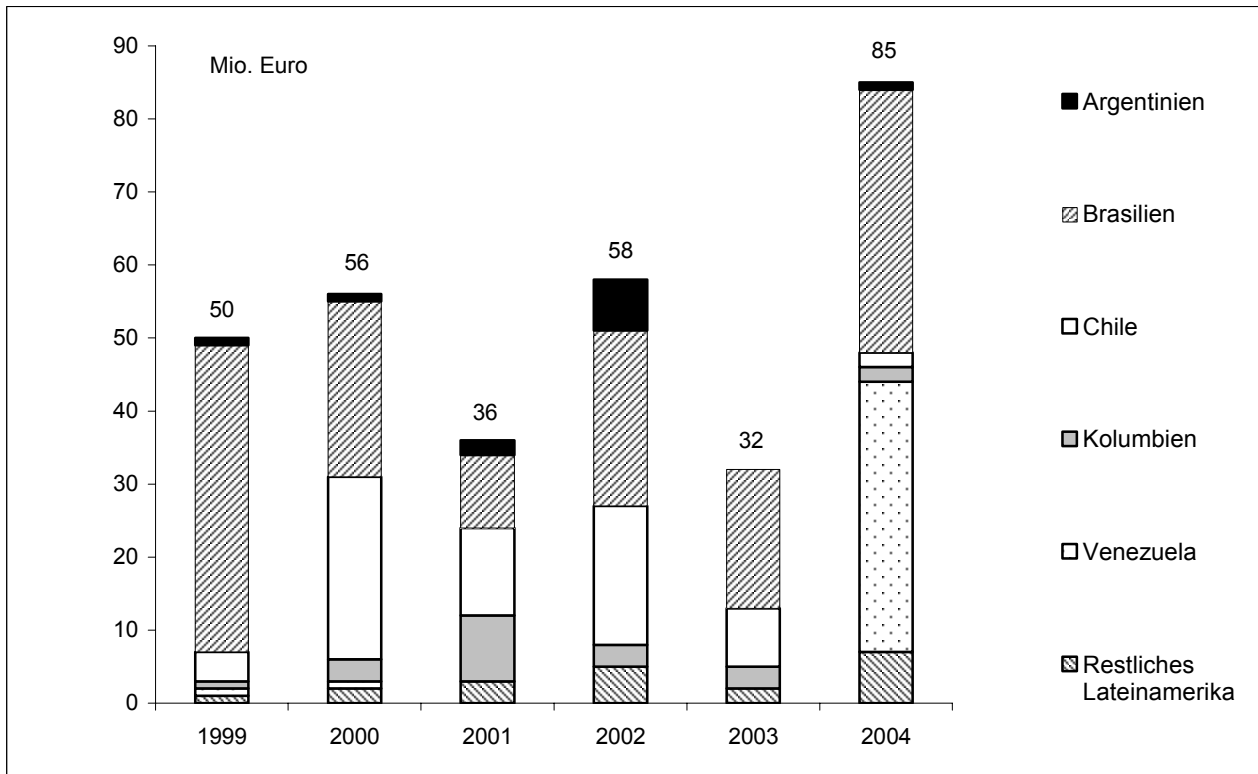
5.) „Teile von Panzern und gepanzerten Fahrzeugen“ machten mit 14 Mio. € demgegenüber nur rd. 5% aller Genehmigungen aus. Mit Abstand wichtigster Empfänger ist die chilenische Armee, an die entsprechende Ausfuhren in den Jahren 2001-2004 in Höhe von fast 11 Mio. € genehmigt wurden. Dabei dürfte es sich – neben der Lieferung von sieben Bergepanzern im Jahr 2002 – vor allem um Nachfolgeaufträge zur Kampfwertsteigerung für die über 200 Leopard 1-Panzer gehandelt haben, die Chile in den Jahren 1998-2001 aus den Niederlanden erhalten hat (vgl. Nassauer/Steinmetz 2005: 13). Die Bundesregierung hatte ihrem Weiterverkauf ebenso zugestimmt wie dem Re-Export belgischer Leopard 1 an Brasilien und damit ihr Plazet zur Einfuhr dieses neuen Waffensystems in Südamerika erteilt. Tatsächlich waren bis dato Kampfpanzer in einer solchen Gewichtsklasse (42 Tonnen) und Stückzahl (340) auf dem Subkontinent nicht vorhanden gewesen.

6.) Während militärisches Fluggerät und Luftfahrttechnik eine vernachlässigbare Rolle beim deutschen Rüstungsexport nach Lateinamerika spielen, tun es Handfeuerwaffen inkl. Munition und Halbzeugen⁵ schon wertmäßig nicht. Sie tragen mindestens 7 Mio. € zum Gesamtgenehmigungswert der deutschen Rüstungsausfuhren bei (vgl. Abb. 4). In Wirklichkeit ist

⁴ Lateinamerika gehört im Vergleich zum Nahen Osten oder Asien mitnichten zu den Top-Empfängern von Rüstungsgütern (1997-2004: 7,7 Mrd. US\$). Entgegen dem weltweiten Trend haben Rüstungslieferungen nach Lateinamerika in den letzten Jahren jedoch zugenommen, die Region ihren weltweiten Anteil damit von 3,5 auf 5% erhöht (vgl. Grimmett 2005: 44). Der Trend wird anhalten, wie ein Blick auf die Liefervereinbarungen – sie verzeichnen den höchsten Wertzuwachs (plus 42%) unter allen Regionen von 3,3 Mrd. US\$ (1997-2000) auf 4,7 Mrd. US\$ (2001-2004) – und die steigenden Verteidigungshaushalte vor allem in Chile, Kolumbien und Venezuela zeigt.

⁵ Hierbei handelt es sich um Schmiede- und Gussstücke sowie andere unfertige Erzeugnisse zur Herstellung von Handfeuerwaffen. Sie wurden im untersuchten Zeitraum ausschließlich nach Mexiko ausgeführt.

Abb. 3: Kumulierte Genehmigungswerte der Rüstungsausfuhren nach Lateinamerika, 1999-2004



Quelle: Rüstungsexportberichte 1999-2004. Berechnung sämtlicher Werte durch den Autor.

von einem deutlich höheren Wert auszugehen, weil die Bundesregierung nur jeweils rd. 80% des Wertes aller in einem Jahr genehmigten Ausfuhren für ein Land nach Rüstungsgütern aufschlüsselt und Handfeuerwaffen bzw. Munition im Vergleich zu den sehr viel teureren Großwaffensystemen bzw. deren Komponenten auf diese Weise „unter den Tisch fallen“. Deshalb ist die ohnehin bereits umfangreiche Liste lateinamerikanischer Empfänger deutscher Handfeuerwaffen – nicht weniger als 22 Länder – möglicherweise unvollständig. Mit Abstand größter Empfänger deutscher Handfeuerwaffen und Halbzeuge bei einem Genehmigungswert von 4,8 Mio. € (1999-2004) ist Mexiko gewesen.

7.) Die Bundesregierung weist in den Rüstungsexportberichten nicht die AL-Position „Handfeuerwaffen“, sondern den darin enthaltenen Teilbereich der Kleinwaffen gesondert aus. In Anlehnung an den Kleinwaffenbegriff der EU subsumiert sie darunter „nur besonders für militärische Zwecke bestimmte Handfeuerwaffen“ (v.a. Maschinenpistolen und -gewehre), „nicht aber zivile Waffen wie insbesondere Jagd- und Sportwaffen sowie zivile (d.h. nicht besonders für militärische Anforderungen konstruierte) Selbstverteidigungswaffen (Revolver und Pistolen)“ (Rüstungsexportbericht 2002: 28). Solcherart hat es im untersuchten Zeit-

raum nicht 22, sondern nur drei Empfänger deutscher Kleinwaffen gegeben: Aruba, Mexiko und Trinidad & Tobago. An alle anderen Staaten wurden Ausfuhrgenehmigungen für „zivile Waffen“ erteilt. Angaben zu ihrem Umfang, zu Empfängern, zum Verwendungszweck oder zu Maßnahmen gegen ihre Weiterverbreitung zwecks Sicherung des Endverbleibs sucht man vergebens (vgl. Rüstungsexportbericht 2005 der GKKE: 18).

5. Fazit und Ausblick

Der deutsche Rüstungsexport nach Lateinamerika präsentierte sich in den letzten Jahren (1999-2004) mit jährlichen Genehmigungen zur Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern von durchschnittlich 53 Mio. € vergleichsweise bescheiden. Ein Grund hierfür ist, dass einzig Rüstungskomponenten geliefert wurden, sei es zur Kampfwertsteigerung von Panzern (Leopard 1) oder zur Nachrüstung bzw. zum Lizenzbau von U-Booten (U-209) und Korvetten (MEKO 140). Komplette Waffensysteme wurden insofern keine ausgeführt als die in Deutschland hergestellten Kampfpanzer vom Typ Leopard 1 ihren Weg nach Brasilien und Chile über Belgien respektive die

Abb. 4: Ausfuhrgenehmigungen für Handfeuerwaffen, inkl. Munition und Halbzeugen nach Lateinamerika und in die Karibik, 1999-2004

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Gesamtgenehmigungswert in Mio. Euro für AL-Positionen 0001, 0003 und 0016	2,1	0,5	1,4	0,2	1,1	1,3
darunter Genehmigungen an:						
Argentinien	x	x				
Aruba					x	
Barbados				x		
Belize			x	x		
Bolivien	x		x	x		x
Chile					x	
Costa Rica	x	x	x	x	x	x
Dominica			x			
Dominikanische Republik		x	x			
El Salvador		x		x		x
Guatemala						x
Guyana		x	x			
Honduras				x		
Jamaika			x	x		
Kuba	x					
Mexiko	x	x	x	x	x	x
Niederländische Antillen	x	x	x		x	
Panama	x	x				
Paraguay	x	x	x		x	x
St. Vincent	x					
Trinidad & Tobago	x	x	x	x		x
Uruguay		x	x			x

Quelle: Rüstungsexportberichte 1999-2004. Eigene Zusammenstellungen und Berechnungen.

Niederlande nahmen, die Bundesregierung hier also jeweils nur ihre Zustimmung für den Weiterexport gegeben hat. Mit der im März diesen Jahres offiziell bestätigten Lieferung von Leopard 2-Panzern an Chile – eine Entscheidung, die gegen nahezu alle Kriterien der Politischen Grundsätze verstößt (vgl. Radseck 2006b) und die u.a. die Schweiz vorläufig von einem solchen Geschäft hat Abstand nehmen lassen (vgl. Radseck 2006a) – hat die Bundesregierung nun aber eine Zäsur gesetzt. Die Zukunft muss zeigen, ob hierdurch ein Präzedenzfall geschaffen wurde, der die Politischen Grundsätze vollends ad absurdum führen würde. Möglicherweise sind diese von Rot-Grün verabschiedeten Richtlinien für die amtierende Bundesregierung politisch gar nicht bindend. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vom 11.11.2005 jedenfalls findet sich ein ausdrücklicher Bezug auf eine restriktive Rüstungsexportpolitik nicht mehr – wie auch im letzten, im Januar 2006 erschienenen Rüstungsexportbericht für 2004. Bei aller Trauer hierüber hätte es auch sein Gutes. Die Kluft zwischen Theorie und Praxis würde kleiner, die Rüstungsexportpolitik glaubwürdiger.

Literatur

- Berichte der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter (Rüstungsexportberichte), 1999-2004, <http://www.bmwi.bund.de/BMWi/Navigation/Aussenwirtschaft/Aussenwirtschaftsrecht/exportkontrolle.html>.
- GKKE-Rüstungsexportbericht 2005: <http://www.gkke.org>.
- Grimmett, Richard F. (2005): Conventional Arms Transfers to Developing Nations, 1997-2004, CRS Report for Congress, 29.8.2005.
- Nassauer, Ottfried/Steinmetz, Christopher (2005): Made in Germany inside. Komponenten – die vergessenen Rüstungsexporte. Berlin: BITS, Oxfam Deutschland e.V.
- Radseck, Michael (2006a): Kampfpanzer nach Chile. Eine kritische Bestandsaufnahme, in: Wissenschaft & Frieden, 24/2, S. 14-17.
- (2006b): Auf leisen Pfoten nach Santiago. Panzer für Chile, in: WOZ., 9.3.2006, S. 7-8, www.woz.ch/artikel/inhalt/nr10/International/13049.html.
- SIPRI-Yearbook 2006: Armaments, Disarmament and International Security, Oxford University Press 2006.
- The Military Balance 2006, The International Institute for Strategic Studies, Oxfordshire 2006.

■ Der Autor

Michael Radseck ist assoziierter Mitarbeiter am GIGA German Institute of Global and Area Studies / Institut für Iberoamerika-Kunde in Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: Ressourcen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik im südlichen Lateinamerika.

E-Mail: radseck@giga-hamburg.de

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Im Rahmen des von der DFG geförderten Projekts „Auf dem Weg zu einer regionalen Sicherheitsgemeinschaft im südlichen Lateinamerika?“ wurden am Institut für Iberoamerika-Kunde zuletzt auch die Rüstungspolitiken von Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Paraguay, Peru und Uruguay untersucht.

■ DÜI/GIGA-Publikationen zum Thema

Flemes, Daniel (2006): Brazil's cooperative leadership in Southern Latin America's security politics, Berlin: dissertation.de-Verlag im Internet, 330 S.

--- (2004): Südamerikas sicherheitspolitische Transparenz auf dem Prüfstand (II): Brasiliens Verteidigungsdoktrin – Regionalmacht ohne Militärweißbuch, Arbeitspapiere des IIK Nr. 15, Hamburg: IIK, 44 S.

Iturra, Alejandro (2004): Chile: Lineamientos tras la compra de armas en un contexto sudamericano de integración y democracia, Arbeitspapiere des IIK Nr. 18, Hamburg: IIK, 27 S.

Radseck, Michael (2005): Die vernachlässigte Reform. Zum Primat der Politik über das Militär im südlichen Lateinamerika, in: WeltTrends Nr. 49, S. 25-36.

--- (2004): Südamerikas sicherheitspolitische Transparenz auf dem Prüfstand (III): Die undurchsichtigen Verteidigungshaushalte des Cono Sur, Arbeitspapiere des IIK Nr. 16, Hamburg: IIK, 57 S.

--- (2004): Von der *casa militar* zum politischen Führungsinstrument. Eine Funktionsanalyse der Verteidigungsministerien in Argentinien und Chile, in: Lateinamerika Analysen Nr. 8, Hamburg: IIK, S. 107-135.

--- (2003): Ein neuer Rüstungswettbewerb? Militär- und Rüstungstendenzen im Cono Sur, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 20, Hamburg: IIK, S. 203-214.

--- (2003): Südamerikas sicherheitspolitische Transparenz auf dem Prüfstand (I): Meldeverhalten und Berichterstattungspolitik des Subkontinents gegenüber dem UN-Register für konventionelle Waffen, 1992-2002, Arbeitspapiere des IIK Nr. 12, Hamburg: IIK, 36 S.

Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Detlef Nolte; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Nina Grabe; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A Focus
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Iberoamerika-Kunde

IMPRESSUM